

Solidarisches Hamburg

**Programm für eine
Politik der Aufklärung und des sozialen Fortschritts**



*Lankauer Kreis -
Linke Jusos in Hamburg*

Inhaltsverzeichnis:

O.	Einleitung	2
I.	Für Demokratie und solidarische Kooperation statt Brutalisierung von Rechts!	4
II.	Sinnvolle Arbeit schaffen statt Arbeitslose bekämpfen	5
III.	Demokratische Bildung von Anfang an!	7
IV.	Humanistische Nützlichkeit statt Standortdiktat - Für demokratische Hochschulen!	8
V.	Frieden und soziale Entwicklung weltweit	10
VI.	Soziale Reformen für alle - Kritische Bewegung ist erforderlich!	11

0. Einleitung

"Über den Anbruch gesegneter Jahrhunderte

Müßte nicht die Menschheit angesichts all dieser Maschinen und technischen Künste, welche ihr gestatten, sich leicht zu ernähren, den Eindruck haben, sich am Morgen eines langen, reichen Tages zu befinden, die rosige Morgenröte und den frischen Wind verspüren, die den Anbruch gesegneter Jahrhunderte anzeigen? Warum ist es ringsherum so grau, und warum geht erst jener unheimliche Dämmerungswind, bei dessen Aufkommen, wie es heißt, die Sterbenden sterben?

Verfault eine herrschende Klasse, dann wird der Fäulnisgeruch beherrschend."

(Bert Brecht, Schriften zu Politik und Gesellschaft, 1919-1956)

Der gescheiterte Hamburger Senat aus CDU, Schill-Partei und FDP hat Politik im Interesse einer gesellschaftliche Minderheit gemacht. Unter dem beschönigenden Motto "Wachsende Stadt" verschärfte er die vollständige Zurichtung von Menschen, Infrastruktur und des gesamten gesellschaftlichen Lebens auf die Verwertungsanforderungen internationaler Kapitalanleger. Gewachsen sind dabei die soziale Ungleichheit, die Ausgrenzung und die Angst. Sein Scheitern ist Folge der dauerhaften Proteste von Schülern, Lehrern und Eltern gegen die Schulpolitik des Senates, der massiven Kritik an repressiver Ordnungs-

und Sicherheitspolitik, der vielfältigen Aktivitäten gegen die Kürzungen bei Bildungs-, Kultur- und sozialen Einrichtungen, der oft kategorischen Zurückweisung der Zurichtung der Wissenschaften und der Künste seitens der Hochschulen, wissenschaftlichen Einrichtungen und Theater, der antifaschistischen und antimilitaristischen Aktivitäten Hamburger Bündnisse und des parlamentarischen Drucks. So unter Druck gesetzt, stritten die Senatparteien um die beste Durchsetzungsstrategie: Mit ökonomischem, sozialem und kulturellem Druck, aber zur Konsensstiftung mit gemäßigt-hanseatischem Antlitz (CDU

und FDP) oder brachial obrigkeitsstaatlich (Schill&Co). Die Konkurrenz um die Dominanz in der Hamburger Politik brachte diesen Senat zum Zerschlagen. Damit sind gute Voraussetzungen geschaffen, mit einem Wechsel der Hamburger Regierung auch einen deutlichen Politikwechsel herbeizuführen. Doch ist zu berücksichtigen: Der Rechtssenat hat die politischen Ziele des Unternehmertums landespolitisch vertreten und versucht durchzusetzen. Diese Interessen sind mit dem Scheitern dieses Senats nicht verschwunden, sondern müssen weiter von fortschrittlicher Seite erkannt, kritisiert und bekämpft werden.

'Unternehmen Hamburg' oder Bewegung für ein Solidarisches Hamburg?

Der Senat aus CDU, Schill-Partei und FDP verband die klassisch-konservative staatliche Begünstigung wirtschaftlicher Interessen (v.a. durch einseitige Investitionsentscheidungen und Privatisierung) mit einer gezielten Förderung sogenannter weicher Standortfaktoren in Bildung, Kultur und Stadtentwicklung. Gerade diese Bereiche sollten darauf ausgerichtet werden, national wie international hochqualifizierte 'Erwerbspersonen' anzuwerben. Diese sollten entweder hier sesshaft werden oder später in anderen Metropolen als kapitalkonforme Funktionselite tätig sein. Abgesichert und gestärkt wurde diese Orientierung durch eine restriktive Sozialpolitik, die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, Verteuerung des Wohnraums, antiemanzipative Kultur- und Bildungspolitik und repressive Ordnungsstaatlichkeit. Untrennbar verbunden mit dieser "Wachsenden Stadt" war daher der

Versuch der Verelendung und Ausgrenzung jener Bevölkerungsteile, die entweder in der zugespitzten alltäglichen Konkurrenz unterliegen oder sich nicht bereit zeigten, das umfassende 'Jeder gegen Jeden' zum Maßstab des eigenen Handelns zu machen.

Das Ziel dieser neoliberalen Standortpolitik (weiterhin vertreten durch die Lobbyisten des Kapitals, durch CDU, FDP und Schill-(Nachfolge)-Partei) ist, die "Metropole Hamburg" zu einem Unternehmen zu machen, das "human resources", Dienstleistungen und materielle Grundlagen für internationale Konzerne bereitstellt. Nach dieser Vorstellung soll den Menschen dieser Stadt das Leben in einer solchen 'Metropole der Ausbeutung' im Vergleich zu der - durch diese Politik beförderten - Verelendung der angrenzenden Regionen und erstrecht der Entwicklungsländer anstrebenswert erscheinen.

Die Entwicklungs-Alternative besteht jedoch nicht zwischen prosperierender oder verelendender Region; sie besteht auch nicht zwischen Kapitalkonformität oder Ausgrenzung. Zur Entscheidung steht entweder die Zustimmung und Unterordnung gegenüber der verschärften Ausbeutung in der internationalen Konkurrenz der 'Wachsenden Städte' oder aber der Kampf für ein solidarisches Hamburg, das Modell und Initiator für eine solidarische Welt ist und wo das Wohl aller Menschen - nicht nur der Hamburger - im Mittelpunkt steht.

Eine solche Politik des sozialen Fortschritts und der Aufklärung richtet sich gegen Massenarbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit, Ausgrenzung, Privatisierung, Brutalisierung, kulturelle Verdum-

mung und Entdemokratisierung und damit gegen die marktradikale Zurückung aller gesellschaftlichen Bereiche. Sie ist gerichtet auf die Weiterentwicklung gesellschaftlicher Gegenkräfte zur Dominanz des Neoliberalismus, die Druck entfalten für sinnvolle Arbeit, soziale Absicherung und gleiche Rechte für alle, humanistische Bildung und Kultur,

Demokratisierung und Entmilitarisierung. Dafür ist erforderlich, die Gemeinsamkeiten der vielfältigen Protestbewegungen in der Ablehnung der unsozialen Politik herauszuarbeiten und fundiert zu begründen; so ist eine Grundlage für eine gemeinsame Perspektive der solidarischen Gestaltung Hamburgs zu schaffen.

I. Für Demokratie und solidarische Kooperation statt Brutalisierung von Rechts!

"Nein, ich meine, dass politische Perversionen dieser Zeit [gemeint ist der "Nationalsozialismus"] zu Reflexen geführt haben, die mit Blick zurück nachvollziehbar, aber mit der heutigen Entwicklung nicht immer vereinbar sind.

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen: Die nationalsozialistische Ideologie berief sich auf das Recht des Stärkeren. Dies hat zu einer menschenverachtenden Behandlung der sogenannten Schwachen geführt. Im Reflex auf diese verwerfliche Politik erleben wir bis heute, dass allein das Berufen auf das "schwach sein" moralische und politische Ansprüche auslöst, die einer Überprüfung nicht immer Stand halten."

(Ole von Beust vor dem Überseeclub, 22. September 2003)

Ole von Beust hat in den letzten zwei Jahren als Bürgermeister des Rechtsenats und als Landeschef der CDU konsequent die schrankenlose Unterwerfung von Menschen und Stadt unter die Profitinteressen der Wirtschaft betrieben. Er steht damit in der Tradition der marktradikalen Politik der Brutalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse, wie sie die Vordenker des Neoliberalismus seit den 1940er Jahren fordern. Zur Durchsetzung dieser Politik verharmlost er den historischen Faschismus und will die Lehren aus Faschismus und Krieg (Entmilitarisierung, Zerschlagung von Monopolen und Großbanken, entwickelte Sozialstaatlichkeit und Demokratisierung) vergessen machen. Unter seiner Leitung verschärfte der Rechtssenat insgesamt durch massiven Sozialabbau die

Konkurrenz aller gegen alle. Um den Protest dagegen zu marginalisieren werden sozial Benachteiligte und gesellschaftskritische Kräfte von der gesellschaftlichen Rechten als "Schmarotzer" denunziert.

In dem Regierungsbündnis von CDU, Schill-Partei und FDP war die Schill-Partei erforderlich, um diese Politik ordnungspolitisch durchsetzbar zu machen und das rechtsradikale Wählerpotential zu binden. Mit ihrer Hetze gegen Obdachlose, Arme, Ausländer und Drogensüchtige, verschärfte Polizeieinsätze, faktischen Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit und der populistischen Aufrüstung der Polizei sollten kulturelle und soziale Ressentiments, Angst und Haß geschürt werden. Im

Windschatten dieser autoritären Orientierung der Schill-Partei versuchte sich die CDU als gemäßigt-hanseatisch zu profilieren, während sie gemeinsam mit der FDP aus den Behörden ihr extrem marktradikales Programm wirtschafts-, sozial- und bildungspolitisch auf den Weg brachte.

Diese Verschärfung der Ausbeutungsverhältnisse hat die rechtsextremen und neofaschistischen Kräfte und die Akzeptanz ihrer menschenverachtenden Propaganda gestärkt. Diese Kräfte traten anlässlich des 60. Jahrestags der Bombardements Hamburgs durch die Alliierten des Zweiten Weltkriegs mit Aufmärschen in die Öffentlichkeit und verbreiteten ihre militaristischen, rassistischen, und nationalistischen Parolen. Sie wenden sich damit nun erneut gegen die "Wehrmachts-Ausstellung" des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Diese extremen Rechten haben gesellschaftlich die Funktion, die Politik der stetigen Zuspitzung von Konkurrenz und

Ausbeutung anzutreiben und hegemoniepolitisch zu unterstützen.

Die Politik der gesellschaftlichen Rechten erfordert prinzipiellen Widerstand: Die gerade durch die CDU als politische Funktionspartei der Handelskammer forcierte Konkurrenz aller gegen alle, die neoliberale Anti-Aufklärung und der Sozialstaats- wie Demokratieabbau als Grundlage von Angst, Ausgrenzung und Verfolgung müssen durch eine konsequente Politik des sozialen Fortschritts überwunden werden. Demokratische Kooperation und Aufklärung müssen gegen kulturelle Verarmung und Hetze voran getrieben werden. Rechtsextremen und neofaschistischen Kräften, der Verharmlosung des historischen Faschismus und der Legitimierung faschistischer Verbrechen muss weiter mit solidarischem antifaschistischem Engagement entgegengetreten werden. Dafür engagieren sich die Jusos bündnispolitisch und mit eigenen Publikationen und Veranstaltungen.

II. Sinnvolle Arbeit schaffen statt Arbeitslose bekämpfen

Für die Senatskoalition aus CDU, FDP und Schill-Partei waren Arbeitslosigkeit, Armut, Drogenabhängigkeit und andere Symptome sozialer Ausgrenzung in den letzten zweieinhalb Jahren lediglich negative Standortfaktoren: schlecht für das Standortmarketing, den Tourismus und das Lebensgefühl der "high potentials", die der Rechtssenat durch seine Bevölkerungsstrukturpolitik anwerben wollte. Wer auf Transferleistungen wie Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe angewiesen ist, wurde als fauler Schmarotzer denunziert. Durch minimale Armenpflege

und massive Repressionen wollte der Senat gemäß dem 'Leitbild: Wachsende Stadt' "eine soziale Befriedung der Stadt einleiten" indem der Widerspruch zwischen den realen Bedürfnissen der Menschen einerseits und der asozialen Zurichtung aller Lebensbereiche der Stadt für die Profitmaximierung der in Hamburg ansässigen Unternehmen andererseits unterdrückt und die Betroffenen auf die individuelle Optimierung ihrer "Beschäftigungsfähigkeit" geworfen sein sollten. Die Menschen sollten als "human resources" für die Wirtschaft

da sein. Das Bedürfnis nach Entfaltung in sinnvoller Arbeit und Partizipation an der demokratischen Bestimmung gesellschaftlicher Entwicklung wurde nicht nur ignoriert, sondern bekämpft.

Durch Senkung des Lohnniveaus sollte gleichzeitig der Profit der Unternehmen gesteigert und der Druck auf die Beschäftigten erhöht werden. Deshalb wurden die Bezüge von Beamten und öffentlichen Angestellten gekürzt, durch das 1-Euro-Programm (Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger für einen Euro Stundenlohn) ein extremer Billiglohnssektor geschaffen und Belegschaften großer Unternehmen (z. B. Blohm & Voss) erpresst, ebenfalls Lohnkürzungen zuzustimmen. Durch die mit der Privatisierung der Berufsschulen verbundene Ablösung bisheriger Ausbildungsstandards durch modularisierte Schmalspurausbildungen sollten die für kollektive Tarifverträge notwendigen einheitlichen Abschlüsse abgeschafft werden. Bei all diesen Maßnahmen wurde in Kauf genommen, dass die Kaufkraft der Beschäftigten verringert, damit die Binnennachfrage reduziert und die Konjunktur gebremst wurden, so dass die Arbeitslosigkeit weiter anstieg. Auch mit der Privatisierung öffentlicher Unternehmen war eine deutliche Reduzierung von Arbeitsplätzen verbunden.

Gegen diese Politik wurde vor allem von den Gewerkschaften massiver Widerstand entwickelt, so dass beispielsweise der Verkauf des Landesbetriebes Krankenhäuser und die Privatisierung der Berufsschulen nicht mehr vollzogen werden konnte. An die Stelle der markradikalen Politik des Rechtssenates müssen jetzt Ausgabensteigerungen für Infrastruktur und Beschäftigung in den Berei-

chen Bildung, Kultur, Soziales und Gesundheit treten, um durch Senkung der Arbeitslosigkeit, soziale Absicherung und durch Humanisierung der Arbeitsbedingungen die Konkurrenz zwischen den Beschäftigten und den Druck auf die einzelnen zurückzudrängen.

Eine prinzipielle Absage an Markt und Konkurrenz als gesellschaftliche Regulations- und Zurichtungsmechanismen ist notwendig, um umfassend für die Überwindung von Ausbeutung und Entfremdung zu wirken. Alle Menschen haben den berechtigten Anspruch, sich in gesellschaftlich sinnvoller, demokratisch bestimmter Arbeit zu entfalten. Um das zu erkämpfen, müssen sich immer mehr Menschen - über eine berufliche Qualifizierung auf höchstem Niveau hinaus - die Fähigkeit erarbeiten, ihre spezifischen Interessen zu verallgemeinern und kollektiv in allen Lebensbereichen zu vertreten.

Aktuell erfordert das, die Unternehmen zu zwingen, ausreichend Ausbildungsplätze bereitzustellen. Schulen, Berufsschulen und Hochschulen müssen als Institutionen demokratischer Bildung für alle gestärkt und den gewerkschaftlichen Kampf für mehr Lohn, Arbeitszeitverkürzung, sichere und humane Arbeitsbedingungen sowie eine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung zu unterstützt werden.

Für einen solchen Richtungswechsel für soziale Absicherung, Vollbeschäftigung und Humanisierung der Arbeit wirken die Jusos als Teil der sozialen Bewegungen, vor allem gemeinsam mit den Gewerkschaften.

III. Demokratische Bildung von Anfang an!

Gesellschaftspolitisches Ziel der Bildungspolitik des Rechtssenats war die fortgesetzte Spaltung der Gesellschaft in eine Elite, der die Fähigkeit zum gestaltenden Eingreifen in die Gesellschaft zugemessen wird, und in eine niedrigqualifizierte Masse, die an der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse nicht bewusst mitwirken soll. Im Interesse der Unternehmer an der profitablen Verwertbarkeit der geschulten Ware Arbeitskraft sollen die individuelle Durchsetzung Jedes gegen Jeden, der Markt als unveränderbares gesellschaftliches Ordnungsprinzip als unhinterfragbar und unkritisch in den Köpfen der jungen Menschen verankert werden. Zur Durchsetzung seines reaktionären Menschen- und Gesellschaftsbildes erhöhte der Rechtssenat den sozialen Druck auf die Einzelnen. Die weitreichende Privatisierung von Bildungseinrichtungen und Bildungsfinanzierung sowie die Konkurrenz zwischen Institutionen und den in ihnen tätigen Menschen sind die für die Zurichtung wesentliche Mittel.

Die aufgeklärte Alternative zum motivations- und inhaltsleeren "Lesen-Schreiben-Rechnen-Benimm"-Drill rechter Kultur- und Bildungspolitik stellt den Menschen in den Mittelpunkt: Die universelle Entwicklungsfähigkeit aller Menschen und das Ziel sozialer Gleichheit bilden den Ausgangspunkt des fortschrittlichen Bildungsverständnisses.

Bildung in diesem Sinne hat den Anspruch allen Menschen beruflich-praktische Qualifizierung als integralen Bestandteil relevanter Qualifizierung für die Verbesserung der Lebensbedingungen

Aller zu ermöglichen. Humanistische Bildung orientiert auf die umfassende und kritische Entfaltung der Persönlichkeit und befähigt damit zum eigenständigen, solidarischen Eingreifen für eine friedliche, demokratische und sozial gerechte Entwicklung der ganzen Gesellschaft. Wissenschaftlichkeit, d.h. die solidarische und handlungsorientierte Aneignung von Ursachen, Wirkungszusammenhängen und Folgen in Natur und Gesellschaft in jeder Bildungsphase ist dafür grundlegend.

Weder Kindertagesstätten, Schulen noch Berufsschulen sind diesem fortschrittlichen Anspruch derzeit gewachsen. Die Überwindung der sozialen und kulturellen gesellschaftlichen Spaltung zur Herstellung echter Chancengleichheit im und auch durch das Bildungssystem ist eine große politische Herausforderung. Der Ausbau der demokratische Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten ist Bedingung für die allgemeine Nützlichkeit der Bildung. Durch langjährige Unterfinanzierung sind jedoch die notwendigen fortschrittlichen Reformansätze bisher immer wieder verebbt. Aktuell notwendige Reformschritte müssen die soziale Durchlässigkeit und Integration fördern, die vorhandenen sozialen Ungleichheiten und bestehenden Benachteiligungen insbesondere von Behinderten und Migranten abbauen, die öffentliche Finanzierung solidarisch sichern sowie persönliche Förderung sozialer, kultureller und sportlicher Interessen durch Schaffung neuer Lehrstellen und Arbeitszeitverkürzung gewährleisten. Dafür muß die integrative

Ganztagsgesamtschule zur alleinigen Schulform werden. Erfolgreich kann eine emanzipatorische Politik daher nur im Zusammenhang mit einer entsprechend fortschrittlichen Sozial-, Wirtschafts- und Kulturpolitik sein.

Gegen die Politik des Rechtssenats entwickelte sich während der letzten zwei Jahre an Hamburgs Schulen eine Bewegung, die in zahlreichen Demonstrationen und Veranstaltungen für Frieden, sozialen Fortschritt und demo-

kratische Bildung eintrat. Wir werden mit Lehrern, Eltern und Schülern, deren Interessenvertretungen und den Gewerkschaften die Ziele und konkreten Reformschritte fortschrittlicher Bildungspolitik entwickeln, um das Bewußtsein für die Ursachen und Verursacher der Probleme zu schärfen und für ein solidarisches Bildungssystem zu wirken. Sinnvollerweise geschieht dies in Kooperation mit allen beteiligten Gruppen - die Handelskammer gehört nicht dazu.

IV. Humanistische Nützlichkeit statt Standortdiktat - Für demokratische Hochschulen!

"Allein schon die Überleitung von Rüstungsproduktion in Friedensproduktion wirft viele Fragen zumal dort auf, wo Rüstungsproduktion ein privatwirtschaftliches Erwerbsunternehmen ist. Aber auch Völkerrecht, Soziologie, Sozialpsychologie, Pädagogik werden Beiträge zu leisten haben. Die eigentliche Grundlagenforschung aller sonstigen Grundlagenforschung ist die Friedensforschung! Der Frieden ist die eigentliche Forschungslücke der Wirtschaft. Der Wille zur Abrüstung kann nur dann ernsthaft werden, wenn Klarheit über ihre Voraussetzungen und über ihre Auswirkungen besteht."

(Gustav Heinemann, Bundespräsident von 1969 - 1974, 1964)

Die Entwicklung an den Hochschulen ist von immenser Bedeutung für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Hier steht zur Entscheidung: Sollen Bildung und Wissenschaft dazu dienen, die kulturellen, technischen und geistigen Errungenschaften der Menschheit positiv weiterzuentwickeln und sie zum allgemeinen Nutzen allen Menschen zu erschließen oder sollen Bildung und Wissenschaft sich dem Diktat der Profit- und Verwertungsinteressen großer Unternehmen beugen?

Diese zentrale Bedeutung von Bildung und Wissenschaft hat auch die gesellschaftliche Rechte erkannt. Ihre

Ideologiefabriken wie Handelskammern und Bertelsmann (mit seinem "Centrum für Hochschulentwicklung") üben enormen Druck auf Politik und Hochschulen aus, sich den Kapitalanforderungen zu fügen. Dabei stehen sie vor einem für die Kapitaleseite unauflösbaren Widerspruch: Um den Anforderungen an immer komplexere Produktionsabläufe und Produktionsmittel nachzukommen, bedarf es einer immer höheren Qualifikation aller Menschen. Mit steigender Bildung erhalten die Menschen aber auch mehr Einsicht in gesellschaftliche Prozesse und somit mehr Bewusstsein über ihre eigene Lage: Die Ausbeutungs-

und Unterordnungsmechanismen können stärker hinterfragt und die scheinbare Alternativlosigkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse kritisiert werden. Dieser Widerspruch muss in Richtung der bewussten und kooperativen Gestaltung der Gesellschaft durch alle Menschen aufgelöst werden.

In Hamburg versuchte der Rechtssenat zur Verhinderung dieser gesellschaftlich nützlichen, humanistischen Hochschulentwicklung mit dem brachialen Programm der "Dohnanyi-Kommission" die Hochschulen in die Profit- und Verwertungslogik zu zwingen, sie ihrer demokratischen und kritischen Tradition zu berauben und so zum zentralen Durchsetzungs-Instrument seines Programms der "Wachsenden Stadt" zu machen. Bildung und Wissenschaft sollen dazu dienen, die "Akkumulation von Humankapital" (gemeint sind Menschen) voranzutreiben.

Gegen eine solche Orientierung regt sich in Hamburg wie in der gesamten Republik der Widerstand von Studierenden, aber auch von Gewerkschaften und ganzen Hochschulen. Dabei bleibt es nicht bei der einfachen Ablehnung der Profit- und Verwertungsorientierung, sondern es wird eine weit über das Vorhandene hinausweisende Perspektive für eine Hochschulentwicklung sichtbar, die die Grundlage dafür sein kann, Bildung und Wissenschaft zum Fun-

dament für eine friedliche Entwicklung weltweit zu machen.

An diese Proteste und die demokratischen Reformvorhaben kann und muss angeknüpft werden. Die Ziele sind hierbei gleiche Möglichkeiten des Bildungserwerbs, problemorientierte Wissenschaft sowie interdisziplinäre und internationale Kooperation. Wissenschaft und Bildung sind zentral für die kooperative und bewusste Gestaltung der Gesellschaft zum Nutzen aller. Ihre Aufgaben und Methoden müssen daher frei vom Druck der Privatwirtschaft bestimmt werden; die Finanzierung der Hochschulen und der hochschulnahen Einrichtungen (z.B. Studentenwerk) muss sich daher nach dem Bedarf richten und staatlich gewährleistet werden. Bildung und Wissenschaft müssen Allen in allen Lebensphasen zugänglich gemacht werden, weil wissenschaftliche Qualifizierung zunehmend über die Möglichkeiten zur aktiven gesellschaftlichen Teilhabe entscheidet. Deshalb ist die HWP zu erhalten und ihr Gründungsgedanke - kritische Wissenschaft, gewerkschaftliche Orientierung und Zugang ohne Abitur - auf alle Hochschulen anzuwenden. Die Tätigkeit der Hochschulen und ihrer Einrichtungen muss demokratisch kontrolliert und weiterentwickelt werden. Dafür ist eine Ausweitung demokratischer Beteiligung erforderlich; nur sie stellt sicher, dass die Aufgabenbestimmung am gesellschaftlichen Nutzen orientiert ist.

V. Frieden und soziale Entwicklung weltweit

"Wir haben den Krieg im Irak und eine tiefe Spaltung der Völker über schwerwiegende Fragen von Krieg und Frieden erlebt. ... Diese Ereignisse haben die Führer der Welt davon abgehalten, sich mit anderen Bedrohungen zu befassen. Bedrohungen, die für die meisten Menschen dringlicher und realer sind. Ich meine die Bedrohungen extremer Armut und Hungers, unsicheren Trinkwassers, Umweltzerstörung und weitverbreiteter oder ansteckender Krankheiten. Diese Gefahren bedrohen große Teile unseres Planeten. Sie töten Millionen und Abermillionen von Menschen, Jahr für Jahr. ... Ohne Entwicklung und Hoffnung wird es keinen Frieden geben. ... 2004 muss anders werden. Es muss ein Jahr werden, in dem sich die Zeiten beginnen zu wenden."

(Kofi Annan in seiner Neujahrsprache an die Vereinten Nationen am 24.12.2003)

Hamburg ist ein bedeutender Standort für deutsche Rüstungsproduktion und -forschung. Die Rüstungskonzerne EADS und Blohm & Voss machen hier willkommene Profite mit dem Krieg, während Führungsakademie, Bundeswehruniversität und HWWA die ideologische Vorarbeit dafür leisten. Um Akzeptanz für Krieg und Militarismus zu schaffen, inszenierte der Senat das öffentliche Gelöbnis der Bundeswehrosoldaten auf dem Rathausmarkt, lenkte von den Profiteuren des faschistischen Angriffskrieges ab und ermöglichte so zwei neofaschistische Aufmärsche zum 60. Jahrestag der Bombardierung Hamburgs.

Im Dienste der Eroberung neuer Märkte solle die Ausbildung internationaler Eliten an Hamburgs Hochschulen gefördert werden. Für die internationale Ausbeutung mit billig einzukaufenden Rohstoffen und gewinnträchtig abzusetzenden High-Tech Produkten (nicht zuletzt Rüstungsgütern) solle die Nachfrage der Wirtschaft nach qualifiziertem 'Menschennmaterial' gesättigt werden: Durch eine gezielte Bevölkerungsstrukturpolitik sollten die sogenannten "high-potentials" andernorts abgeworben werden. Für den Rest galt: 'Wer nicht verwertbar ist, fliegt

raus'; so solle soziales Elend aus der Metropole Hamburg verdrängt und exportiert werden. In diesem Sinne sollten selbst die Städtepartnerschaften zum Ausgangspunkt ökonomischer Eroberungszüge gemacht werden. Die rücksichtslose internationale Konkurrenz der prosperierenden Metropolen zwischen weiten verelendeten Regionen, sollte die Weltkarte zukünftig prägen. Das Senatsleitbild "Wachsende Stadt" war damit eine Art Vor-Ort-Programm für eine neue Phase imperialistischer Ausbeutungspolitik.

Demgegenüber ist aber auch in Hamburg die Friedensbewegung wiedererstarkt: Die massiven friedenspolitischen Aktivitäten der letzten beiden Jahre, die sich für "Abrüstung statt Sozialabbau" stark machten und gegen den Irakkrieg, gegen das Bundeswehrgelöbnis und die Verharmlosung der faschistischen Verbrechen, für Abrüstung statt Sozialabbau und friedliche weltweite Entwicklung wandten (und wenden), haben auch den rechten Senat arg in Bedrängnis gebracht. Denn Abrüstung, Entmilitarisierung, Zivilisierung der internationalen Beziehungen und Überwindung der sozialen und kulturellen Ungleichheit als Bedingungen für Frieden sind nur gegen

das Profitinteresse durchzusetzen - auch bei den einschlägigen Unternehmen vor Ort. Als Teil der weltweiten Friedensbewegung kämpfen wir daher gegen die imperialistische Kriegspolitik, vor allem

der USA, aber eben auch ihrer lokalen Bewunderer und Unterstützer, für Frieden und soziale Entwicklung weltweit. An diesem Maßstab wird sich auch ein neuer Senat messen lassen müssen.

VI. Soziale Reformen für alle - Kritische Bewegung ist erforderlich!

Der Senat aus CDU, Schill-Partei und FDP hat bis zuletzt versucht, rücksichtslos seine Politik der Zerschlagung sozialer und kultureller Errungenschaften durchzusetzen. Diese Politik muss gestoppt werden: Das betrifft insbesondere alle Anstrengungen zur schrittweisen Privatisierung und Entdemokratisierung öffentlicher Einrichtungen (z.B. des LBK, der Berufsschulen, der Hochschulen). Das betrifft ebenso die durch restriktive Finanzentscheidungen von der Schliessung und Zerschlagung bedrohten sozialen, kulturfördernden, wissenschaftlichen und bildungsrelevanten Einrichtungen (z.B. Einrichtungen der Drogen- und Jugendhilfe, die Geschichtswerkstätten, Bücherhallen, das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, die Forschungsstelle für Zeitgeschichte, das Institut für die Geschichte der deutschen Juden).

Im Gegensatz dazu müssen soziale und kulturelle Bedingungen erstritten werden, die ein solidarisches Zusammenleben aller Menschen ermöglichen. Ausgehend von unserer Tätigkeit als politischer Jugendverband setzen wir uns für Reformen ein, die Jung und Alt gleichermaßen nutzen.

Um den Ausbau sozialer, kultureller und demokratischer Errungenschaften durchzusetzen, ist es notwendig, den gesellschaftliche Reichtum von Oben nach Unten umzuverteilen. Gegen den massi-

ven Druck der Kapitalvertretungen streiten wir gemeinsam mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen für die stärkere Besteuerung großer Vermögen sowie eine angemessene Unternehmensbesteuerung und setzen uns innerparteilich für einen demokratischen und gerechten Ausbau der sozialen Sicherungssysteme ein. Dies ist Teil unseres Wirkens, Bedingungen für solidarische Reformpolitik zu schaffen.

Gegen die marktradikale Politik von Rechts ist der solidarische Kampf mit Ziel allen Menschen ein Leben in Gleichheit, Freiheit und Frieden in einer solidarischen Gesellschaft zu ermöglichen die einzig sinnvolle Alternative. Die Kooperation von linken Organisationen, Gewerkschaften, kritischen Interessenvertretungen, sozialen und kulturpolitischen Initiativen, der Friedensbewegung und anderen fortschrittlichen Kräften ist dafür notwendig.

Der Kampf gegen die Politik der Rechten, die Analyse und Aufklärung über die Ziele, Interessen und Strategien der gesellschaftlichen Gegner, die Weiterentwicklung unserer Aktivitäten und unserer eigenen gesellschaftspolitischen Ziele, die auf eine substantielle Humanisierung des Alltags gerichtet sind, sowie das Engagement in dieser gesellschaftlichen Bewegung und die innerparteiliche Auseinandersetzung bilden dafür eine untrennbare Einheit unserer Politik.

Kontakt:

Lankauer Kreis - Linke Jusos in Hamburg,
c/o Michael Schaaf, Mobil: 0171/1246222

Informationen über die "Wachsende Stadt":

Juso Landesarbeitskreis Gegen Rechts
Homepage: www.wachsender-widerstand.de;
Email: info@wachsender-widerstand.de

V.i.S.d.P.: Michael Schaaf, Ophagen 25, 20257 Hamburg
